

Martin Wengeler und Alexander Ziem (Hrsg.)

Sprachliche Konstruktionen von Krisen

Interdisziplinäre Perspektiven auf ein
fortwährend aktuelles Phänomen

HEMPEN VERLAG
BREMEN 2013

Emo Gotsbacher

Aus der Eurokrise politisches Kapital schlagen Heterogene Wahrnehmungen von politischen Deutungsangeboten in Fernsehdiskussionen

1 Einführende Bemerkungen

Im Zuge der Finanz- und Eurokrise war ein Vertrauensschwund weiter Bevölkerungskreise in die Lösungskompetenz ihrer Regierungen zu beobachten. Bei der Meinungsbildung herrschen dabei die Bedingungen und Logiken symbolischer Politik vor (Edelmann 1990; Schön/Rein 1994; Lakoff 2004): Ein hoher Handlungsdruck, Unsicherheit bezüglich der Wirksamkeit von Maßnahmen, Unzufriedenheit in der Bevölkerung, bei gleichzeitig niederem Stand an gesichertem Wissen und allgemein akzeptierten Lösungsperspektiven. Wie es politischen Parteien hier gelingt, ihre jeweiligen Deutungsrahmen bei unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu etablieren, ist eine Frage, die in die Grundbedingungen von Politik in spätmodernen Mediendemokratien hineinreicht. In diesem Beitrag behandle ich anhand eines Beispiels aus Österreich die Frage, wie Politiker ihre strategischen Darstellungen der Griechenland- und Eurokrise aufziehen, um ein breites Publikum anzusprechen, und wie sich unterschiedliche Publikumskreise umgekehrt ein je eigenes Bild davon machen, worum es geht bzw. was getan werden soll.

Als empirisches Material einer diskurs- bzw. gesprächsanalytischen Untersuchung verwende ich einerseits eine Fernsehdiskussion zwischen den Spitzenkandidaten der österreichischen Oppositionsparteien, der Grünen Bundessprecherin Eva Glawischnig, und Parteiohmann Heinz Christian Strache von der FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs). Nach einer genauen Analyse des strategischen Aufbaus und der interaktiven Durchsetzung ihrer Deutungsangebote widmet sich der Hauptteil des Beitrages vor allem deren Rezeption. Die aus dem interdisziplinären Forschungsprojekt „Deutungsrahmen in der Wahrnehmung politischer Fernsehdiskussionen“¹ stammenden Rezeptionsmaterialien ermöglichen durch unser methodologisches Design, Publikumsgruppen mit jeweils verschiedenem sozialen und politischen Hintergrund bei ihrer Verarbeitung dieser Deutungsangebote zuzusehen und gesicherte Aussagen über ihre unterschiedlichen Wahrnehmungsweisen zu treffen. Studio-Live-Diskussionen aus den österreichischen Abendnachrichten („Zeit im Bild 2“) wurden kurz nach originaler Ausstrahlung vier bis fünf Rezeptionsgruppen vorgespielt, in deren je eigenem, vertrauten Umfeld, und sie

1 Das Projekt wurde vom Österreichischen Wissenschaftsfonds FWF unter der Projektnummer P 20814 finanziert. Für ihren Beitrag zur Datensammlung und -analyse danke ich an dieser Stelle meinen Mitarbeiterinnen Judith Welz und Lisa Blasch. Projektbeschreibung, Methodologie und Publikationen siehe <http://www.univie.ac.at/frame-project>

danach gefragt, wie sie diese Diskussion gesehen haben und was sie sich dazu denken. Die Einbeziehung der Rezeptionsseite in die Analyse von politischer Sprache versucht insofern eine Grundfrage der Diskursanalyse auch methodisch einzulösen (Gotsbachner im Druck), als sie Wahrnehmungs- und Verstehensprozesse in bzw. quer über heterogene Adressatenkreise rekonstruiert. Die Rezeptionsmaterialien lassen erkennen, wie Fernsehzuschauer die in den Nachrichten verquickten Informationen und politischen Deutungsangebote verarbeiten, wie sie dabei je eigene Wissensbestände heranziehen und wie sie diese einsetzen, um aus den widersprüchlichen Diskursen ein eigenes Bild politischer Vorgänge und Problemlagen zu entwickeln. Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit zielt also auf die Funktionsweise von politischen Wahrnehmungsprozessen, illustriert an einem detailliert nachvollzogenen Fall - verschiedenen Konstruktionen der Eurokrise.

2 Rahmungen der Griechenland- und Eurokrise bei Strache und Glawischnig

Das Fernsehduell zwischen FPÖ-Parteiboss Heinz Christian Strache und der Grünen Bundessprecherin Eva Glawischnig wurde am 19. Mai 2010 in den Abendnachrichten des ORF ausgetragen. Thema war der am selben Tag im österreichischen Parlament verabschiedete Beschluss des ‚Griechenland-Rettungspaketes‘ und begleitender Maßnahmen zur Ausweitung des ‚Euro-Schutzschirmes‘, damals ein erster Kulminationspunkt der Krisenbewältigung um den drohenden Staatsbankrott Griechenlands. Die Diskursstrategien von Strache und Glawischnig im Fernsehen treten in der Gegenüberstellung mit der Parlamentsdebatte deutlich heraus, da sie sich im Einsatz diskursiv-rhetorischen Mittel bei bereits im Parlament – auch von Abgeordneten anderer Fraktionen – erprobten Strategien und Deutungsangeboten bedienen, um ihre politischen Positionen in einen schlagkräftigen Deutungsrahmen zu verpacken. Eine Besonderheit dieser Fernsehdiskussion liegt darin, dass FPÖ und Grüne – trotz unterschiedlicher Lösungsperspektiven – in ihrer kapitalismuskritischen Sicht auf Banken und Finanzspekulationen eine ähnliche Position bezüglich der Ursachen und Bewertung der Eurokrise teilen, Strache und Glawischnig diese Parallelen jedoch in der Diskussion mit allen Kräften verschleiern. Bei ihren Versuchen, das Unzufriedenheitspotential in der Bevölkerung je für sich zu mobilisieren, behandeln sie sich als Konkurrenten.

Die TV-Diskussion ist auch insofern interessant, als beide Streitgegner aus der Parlamentsdiskussion vom gleichen Tag ihre wechselseitigen Standpunkte, Rahmungen und Argumentationslinien schon kennen, und sich darauf genau so vorbereiten konnten, dass sie für das Fernsehpublikum den Anschein auch nur partiellen konsensualen Gleichklangs peinlichst vermeiden. Wir finden hier den eristischen Sonderfall einer antagonistischen Umkehr der (normalerweise verständigungssichernden) Reziprozität von Perspektiven (Cicourel 1975: 31), nur eben als Vermeidungsstrategie eines ‚ich-weiß-was-du-sagen-wirst-und-dass-du-weißt-dass-ich-es-weiß‘. Sie formulieren ihre parallelen Deutungsangebote mittels unterschiedlicher Schlagworte und kritisieren den jeweils anderen Ansatz

vehement, ohne ihre Berührungspunkte kenntlich zu machen. Das Material bietet damit einen zusätzlichen Analysehebel, wo sich die rhetorisch-diskursiven Strategien ihrer bewusst konstruierten Konfrontation genauer verfolgen lassen. Ich stelle hier zunächst die komprimierten Ergebnisse einer genauen sequentiellen Analyse vor, deren Methodik an anderem Ort beschrieben wurde (Gotsbachner 2008; 2009). Zuerst werde ich die Rahmungen Straches und Glawischnigs je für sich darstellen, wie sie ihre Positionierungen als kompakte ‚storyline‘ eines Deutungsrahmens konstruieren, dabei gewissen Aspekten je unterschiedliche Salienz verleihen, und wie sie die Rahmungen der jeweils anderen durch Gegendarstellung ihrer politischen Rolle zu kippen versuchen.

Die Rahmeneröffnung und übergeordnete Hauptrahmung Heinz Christian Straches zielt auf Wiedererkennbarkeit der FPÖ-Position, der für diese Partei zentralen Kritik an der Europäischen Union und am Euro. Er kritisiert dass „damals die österreichische Bevölkerung ä- vor der Einführung des Euros .hh natürlich mit vielen Unwahrheiten auch konfrontiert wurde“ (SG 89-94)². Die Einstiegsfrage der Moderatorin (Thu: „Solln wir daraus schließen, dass Sie zurück wolln zum Schilling?“), SG 88) beantwortet Strache kurz und bündig mit „Nein“. Seine Diagnose zu „unterschiedlicher Volkswirtschaften“ (SG 92) ist aus der (vormittags live im Fernsehen übertragenen) Parlamentsrede des Bundeskanzlers übernommen (Parl. Prot., 24)³, er reformuliert sie aber zu einer Anklage und pocht darauf, dass die FPÖ die Situation immer schon richtig bewertet hätte: Aus den verleugneten Problemen einer vorschnellen Währungsunion resultierten jene Probleme, denen jetzt wieder mit den falschen Mitteln begegnet werde.

Die erste Redegelegenheit enthält als Implikation der darin vollzogenen Positionierung immer auch eine Selbstdarstellung, von welcher Position aus man spricht (Gotsbachner 2008; 2009), hier bedient Strache durch die Schlagrichtung seiner Anklage eine bekannte politische Rollenzuweisung der FPÖ: Er stellt sich als einzigen Verteidiger der nationalen Interessen der Österreicher dar. Die Moderatorin unterbricht daraufhin, und Strache leitet zum aktuellen Thema über:

ZiB 19.5.2010 Strache-Glawischnig 95-105

Thu: [Welche Schlüsse soll man dar]aus ziehn jetzt für heute?

HCS: Wichtig ist, wenn man den Euro retten will, dann wirdh, es nur einen Weg gebm, nämlich nicht den Bankn (.) Milliarden in den Rachn zu werfn [und das Geld kommt] ja nicht bei den Griechn an, es nützt ja .hh a- kein, kein Cent der griechischen Bevölkerung sondern das wird ja ausschließlich in Ban-

2 Die im Text angeführten Kürzel beziehen sich zur besseren Orientierung auf Zeilennummern der Originaltranskripte, die Transkriptionsweise der Zitate und Textbeispiele erfasst die genauen sprachlichen Realisationen inklusive Prosodie (*betont*, LAUTER), Mikropausen (in runden Klammern, längere Pausen in Sekunden), Verzögerungspartikel bzw. hörbares Einatmen (.hh) und Überlappungen (in eckigen Klammern, Beginn jeweils vertikal ausgerichtet), gemäß den Jefferson'sen Konventionen (Jefferson 2004). Rezeptionsgruppenteilnehmer sind anonymisiert.

3 Hier angeführte Referenzen beziehen sich auf die Parlaments-Protokolle des österreichischen Nationalrats vom, 19. Mai 2010; online unter http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/NRSITZ/NRSITZ_00066/

ken und Versicherung gepumpt. .hh Das is ja ein zweites Banken, und Versicherungsrettungspaket,.hh das bitte mehr als 2,3 Milliarden Euro ausmacht denn es werd'n weitere 15 Milliarden Euro an österreichischn Steuergeldern .h an Haftungen vergeb'n,.h plus vier Milliarden durch die Nationalbank. .h Das sind 21,3 Milliarden .h für die wie Österreicher jetzt geradestehn müss'n obwohl dieses Geld in Österreich verwendet werden sollte.

Seine erste Rahmung schließt Strache mit deren ‚Moral‘, den Kosten des Pakets für die österreichischen Steuerzahler, seine Unterstellung der Täuschung aus der Rahmeneröffnung führt er darin weiter, dass die Geldsummen höher wären, als die Regierung angebe (SG 101) und nicht wie behauptet der griechischen Bevölkerung zugute kommen würden, sondern Banken und Versicherungen. Dass es sich „ausschließlich“ um ein „zweites Banken- und Versicherungsrettungspaket“ handle, ist in zweifacher Hinsicht irreführend bzw. falsch.⁴ Er stützt diese prägnante Behauptung bloß suggestiv über Zahlenaufstellungen in der Terminologie von Bankgeschäften ab (SG 102 „Haftungen“, SG 103 „Nationalbank“, später „Kredit“ SG 123 und „Cash“ SG 129), immerhin ist sie sein wichtigstes Bindeglied zu der folgenden moralischen Bewertung, wo er das schuldhafte Verhalten von europäischen Regierungen im Verein mit Banken (politische und Wirtschaftsmacht als Einheit) auch ideologisch aufhängt:

ZiB 19.5.2010 Strache-Glawischnig 132-43

HCS:(...) müss'n die Österreicher geradestehn und i sag, .h es ist unverantwortlich, (. .h herzugehn und üba die Köpfe, der Österreicher aber auch der Europäischen Unions-Bürger hinweg, .h hier so ein so genanntes Rettungspaket zu beschließ'n das ausschließlich .h den Bank'n zugutekommt und eine Masseneignung und Umverteilung ((schluckt)) von den EU-Bürgern, .h hin zu den Bankenverlust'n letztlich darstellt, [weil die] Bank'n, die Verluste gebaut hab'n, .h halten jetzt ihre Hand auf und die Allgemeinheit der Europäischen Unions-Bürger .h hot für die Verluste aufzukommen und das is [genau das-] [wases]nicht sein, [darf und nicht geb'n dorf ((mit erhobenem Zeigefinger)) und ich möcht]=

EG: [mm] [(lächelnd)] Aba da
muss man] schon, [mm-] [lassen'S a bissl die Kirche im Dorf.]
(lacht)

4 ÖVP-Vizekanzler und Finanzminister Pröll kontert im Parlament, dass der Haftungsschirm kein zusätzliches Geld, sondern eine Umschichtung von 15 Mrd. Euro aus dem Bankenhaftungsschirm sei, die Österreich bei der Finanzkrise 2008 bereit gestellt hatte (Parl. Prot., 28). Bezüglich des Charakters der Rettungsmaßnahmen irrt Strache zum Teil, insofern „die Banken bei Griechenland und bei den anderen Ländern 50, maximal 60 Prozent der Gläubiger ausmachen. Der Rest sind Pensionsfonds, Stiftungen, andere Fonds und so weiter“ wie der Grüne Wirtschaftswissenschaftler van der Bellen in Zitierung der ‚Financial Times‘ ausführt (Parl. Prot., 64).

Als Antwort auf Kritik Glawischnigs (SG 119-27, ich komme darauf zurück) wiederholt Strache hier die Bedeutung der Maßnahmen als „Bankenrettungspaket“ noch einmal, indem er die enthymemische ‚Logik‘ hinter seiner Darstellung schuldhaften Verhaltens in ihren konkreten Auswirkungen für die Bürger darlegt, also seinen Rahmen durch weitere Detailspekte auffüllt. Interessant ist hier vor allem zweierlei:

a) Die Erweiterung des FPÖ-Stamm-Konzepts des von der Regierung betrogenen ‚kleinen Mannes‘ auf alle „Europäischen Unions-Bürger“ (SG 133/4) mit der Strache die nationalistische Ausrichtung seiner Position kaschiert. Er hatte das ja schon zuvor in seiner proklamierten Sorge um die griechische Bevölkerung (SG 98) angelegt, als vorwegnehmend entkräftendes Gegenargument zu Glawischnigs Forderung nach europäischer Solidarität, die ihm aus dem Parlament bekannt ist. Und

b) die Formulierung der Kritik am Finanzkapitalismus mit hoch aufgeladenen Begriffen aus dem Vokabular unterschiedlicher ideologischer Strömungen heraus: Einerseits benutzt er ein klassisch linkes Vokabular, die im Zusammenhang mit der Finanzkrise von 2008 kritisierte „Umverteilung“ von unten nach oben, eine heteroglotte Diskurs-Aneignung, mit der Strache Positionen der Linken vereinnahmt.⁵ Andererseits verwendet er in einer ähnlich umfunktionierten Version wie bei „Umverteilung“ auch den antisozialistischen Kampfbegriff *Enteignung*, hier als staatlichen Eingriff gegen das Privatvermögen der kleinen Bürger („Massnenteignung“). Durch die Verbindung linker und rechter Diskursrepertoires in einem einzigen Satz zieht er das Verurteilenswerte an dem „zweiten Bankenrettungspaket“ in der breitest verständlichen Weise auf. Regulistischer Staat und ausbeuterische Wirtschaftsbesse werden ein System, dem ‚der kleine Mann‘ machtlos gegenübersteht, nur verteidigt vom Volkstribun Strache. Er stützt dieses Selbstbild auch inszenatorisch über seine ostentative Empörung. Indem er die SPÖ/ÖVP-Regierungskoalition gleichzeitig von links und von rechts angreift, hält er für Unzufriedene aus beiden Parteien Deutungsangebote parat.

In seiner ersten Redemeldung hatte Strache die Frage der Moderatorin nach seinen Zukunftsperspektiven übergangen, was die Moderatorin mit „Gut jetzt wissen wir von Ihnen, was Sie *nicht* wolln“ quittierte (SG 107). Nach seiner Haupttrahmung der politischen Rollenverteilungen in der Eurokrise reicht er seinen Lösungsvorschlag nach und kann damit seine Redegelegenheit weiter ausdehnen. Er erhöht die Aufmerksamkeit noch einmal und zieht beides kompakt zusammen, die klare Schuldverteilung und die Lösung als logisch scheinende Konsequenz daraus:

5 Konkret FPÖ-Abgeordneter Herbert Kickl zum SPÖ-Bundeskanzler Faymann (Parl.Prot., 63) „Reden Sie bitte nie mehr davon, dass Sie dagegen ankämpfen, dass Gewinne privatisiert und Verluste dem Steuerzahler übertragen werden! (...) Denn das, was Sie jetzt machen, ist genau dieses Prinzip in die Wirklichkeit umzusetzen“

ZiB 19.5.2010 Strache-Glawischnig 145-53

HCS:(...) weil Sie vorher gefragt habn, ein- auf Ihre Frage [vor]her,=

Thu: [Ja]

HCS:=es gibbt, meiner Meinung noch nur einen Ausweg, (.) nämlich, dass man herge- hergehen hätte müssn bei Griechenlond .h und auch entscheidn hätte müssn Schuldennachlass, (.) die Banken habn für ihre Spekulationan (.) letztlich auch die Rechnung zu tragn, nicht die EU-Bürger, .h und die Einführung des Drachmen (.) tz- hätte der Volkswirtschaft in Griechenlond geholfn man hätte abwertn könnan, .h die Bürger hätten einen Vorteil gehabt. [.hh Und wir hätten unser Geld für] unsre Probleme einsetzen können.

Aus seiner kapitalismuskritischen Diagnose, die griechische Situation sei durch schief gelaufene Bankspekulationen verursacht (SG 136/7), leitet er als Konsequenz ab, die Banken müssten auf die Eintreibung ihrer Schulden verzichten. Auch diese Rahmung zielt wieder auf schuldhaftes Verhalten der Regierung, weil das Rettungspaket die Spekulanten ihrer gerechten Strafe entziehe und der Bevölkerung deren „Rechnung“ aufhalst. Der zweite Teil seines Lösungsvorschlages, eine klassisch neoliberale Währungsfonds-Rezeptur, soll wiederum den von ihm eingangs angesprochenen Fehler der vorschnellen Euroeinführung beheben: Griechenland solle aus der Eurozone austreten, was er kontrafaktisch, aber im Einklang mit seiner Sorge um griechische „Bürger“, als 1) freiwillig und 2) als deren „Vorteil“ darstellt. Später erweitert er diesen Lösungsansatz auf „eine zweite äh-Währungszone“ für den Mittelmeerraum (SG 197-99) weil er meint, dass kein Rettungsschirm helfen könne „wenn wir vor einer Krise stehn, die vielleicht .h Portugal und Spanien *auch* noch treffen wird“ (SG 241/2). Er verweist damit auf virulente Probleme in den Staatshaushalten anderer Euro-Länder, wobei er das damals ebenfalls betroffene Irland ausspart und seine Sammlung implizit auf Klischees über mangelnde Arbeitsmoral bzw. Steuerflucht und Korruption in den Südländern aufbaut. Wir werden sehen, dass FPÖ-affine Publikumsgruppen das auch prompt so verstehen und als Begründung für Straches Lösungsvorschlag einsetzen.

Auch wenn sich Straches Anti-EU-Haltung und korrespondierend dazu auch sein zweiter Lösungsteil (Austritt Griechenlands aus der Eurozone) als konträr zu Positionen der Grünen darstellen, gibt es einen starken Kern von gemeinsamen Vorstellungen bezüglich der Diagnose zur Eurokrise und ihrer Lösung: Strache trifft sich mit den Grünen vor allem in der Kritik an Finanzkapitalismus und Bankspekulationen, am ungerechten Wirtschaftssystem, in dem die Allgemeinheit die gesellschaftlichen Auswirkungen von Spekulationsrisiken abfangen muss, was insgesamt in dem wiederkehrenden Muster einer reversen Umverteilung von Volksvermögen mündet. Der zweite Übereinstimmungspunkt liegt in jenem Teil der Lösung zur Griechenlandkrise, wo beide einen teilweisen Schuldennachlass fordern.⁶

6 Vgl. das Programm der Grünen im Punkt „Banken und Spekulanten“ auf deren Homepage (www.gruene.at/index.php?id=114287)

In der Art, wie die Grüne Bundessprecherin Eva Glawischnig ihren Deutungsrahmen aufzieht, ist die Parallele ausgespart. Sie steigt mit einer Kritik am Versagen europäischer Politik in der Finanzmarktregulierung ein und geht dann gleich zu ihrer Lösungsperspektive über, wobei dieser *slot* (eine zu füllende, inhaltliche Position eines Deutungsrahmens) auch in der Einleitung der Moderatorin zum Streitgespräch angelegt war (SG 79: „Und redn *wir* jetzt über die Zukunft, wie die Opposition sie sich vorstellt“):

ZiB 19.5.2010 Strache-Glawischnig 111-21

EG: (...) es geht um die Glaubwürdigkeit der europäischen Politik, der europäischen Finanzministern, .h auch der österreichischen Politik .h Wir habn jetzt seit Ausbruch der Krise, seit zweitausend und acht, .h ah ein Sammelsurium an *Versprechn* gehört. .h Der Raubtierkapitalismus wird gezähmt werd'n, .h es wird neue *Spielregeln* geb'n es wird eine Finanztransaktionssteuer geb'n - .h alles *Versprechn* die bis jetzt nicht gehalten word'n sind. .h Und wenn man jetzt diesm Fass, wo man obn jetzt wieder Geld hineingeschüttet hat, *unten* keinen Boden zuführt, .h dann wird das ein Fass ohne Bod'n bleib'n, das heißt, es braucht *wirklich* neue *Spielregeln*. .h Und da muss sich jetzt die Politik anstrengen. ((Zu HCS:)) Eines muss ich Sie noch kurz korrigiern: .h ahm das was wir heute beschlossen haben ist tatsächlich ein direkta *Kredit* an die Republik Griechnland.

Auch Glawischnig stellt das Griechenland-Rettungspaket und den Euroschutzschirm in den historischen Kontext der Finanzkrise von 2008, kritisiert die gegenwärtige EU-Politik und eröffnet dabei durch das Stichwort „Raubtierkapitalismus“ ebenso wie Strache einen kapitalismus-kritischen Deutungsrahmen. Anders als Strache verortet ihre Rahmung die Ursachen der Krise aber - implizit - in der Deregulierung der Finanzmärkte. Auffällig ist die extrem indirekte Formulierung ihrer Hauptforderung nach „neuen Spielregeln“ und einer „Finanztransaktionssteuer“, was beim Publikum zudem ein Wissen darüber voraussetzt, dass es seit Jahren einen Entschließungsantrag der österreichischen Regierung zu deren Einführung gibt, und ähnliche Forderungen von allen Parlamentsfraktionen gestellt wurden.⁷ In den Mittelpunkt ihrer Rahmeneröffnung stellt sie nicht gehaltene Versprechungen („Sammelsurium“ charakterisiert diese zudem als unernst), die Forderungen der Grünen sind daraus nur indirekt ablesbar. Glawischnig streicht ihre Positionierung also kaum heraus, weit weniger explizit als Strache und knüpft ihre Diagnosen und Lösungsperspektiven auch nicht an eine Wiedererkennbarkeit von parteipolitischen Rollenzuweisungen an. Ihre Formulierung, „man“ habe in das System nun wieder „Geld hineingeschüttet“ (SG 117) distanziert sich zwar von einem fragwürdiges Tun, schlägt sich aber mit ihrer Verteidigung der

7 Vgl. SPÖ-Bundeskanzler Faymann (Parl.Prot., 25); ÖVP-Finanzminister Pröll (Parl.Prot., 29); und Antrag des BZÖ (Parl.Prot., 67)

Maßnahmen kurz danach, wo das „wir“ (SG 120) im Gegensatz dazu suggeriert, die Grünen hätten das Paket mitbeschlossen.

Glawischnig beginnt schon nach ihrer Rahmeneröffnung am Ende ihrer ersten Wortmeldung Strache anzugreifen, indem sie dessen Charakterisierung des Rettungspakets als „zweites Bankenrettungspaket“ dahingehend korrigiert, dass es ein direkter Kredit wäre: „EG: [Das is] jetzt nicht einmal an die Bank sondern das is *direkt* an Griechn[land .h] damit sie, in den nächstn Wo[chnundMonatn] ihre Liquidi[tät aufrechterhalten können.]“ (SG 126/7). Sie widerspricht damit Straches Behauptung, das Paket diene nicht der griechischen Bevölkerung, gerät durch das „wir“ (SG 120) aber in eine Verteidigung hinein, wo der falsche Anschein erweckt wird, die Grünen hätten den Maßnahmen voll zugestimmt, und nicht mit nur 2 ihrer 19 Stimmen. Erst am Schluss wird sie das geteilte grüne Abstimmungsverhalten erklären, hier bleibt Glawischnigs Position unklar.

Die Korrektur zur Charakterisierung des Pakets macht es auch schwer, dass sie sich danach der Darstellung Straches bezüglich gesellschaftlicher Umverteilung von unten nach oben anschließt, weil sie so auch ihren Einspruch zurücknehmen würde. Insofern ist das eine kritische Weichenstellung, an der Glawischnig eine grüne Kritik an dieser Logik staatlicher Rettungsaktionen aufgibt.

Sie greift Straches Lösungsvorschläge direkt an, auch wenn sie ihm bei der Forderung nach „Schuldennachlass“ teilweise zustimmen hätte können, erst später formuliert sie „Schuldn umstrukturieren“ (SG 173) und „umschulden“ (SG 257) als Teil ihrer eigenen Lösungsstrategie, wobei sie zur Vermeidung konsensualen Gleichklangs dezidiert andere Vokabel benutzt als Strache.⁸ Sie beginnt Strache seine Deutungsansprüche politischer Rollenverteilungen strittig zu machen – wobei sie ihm ironischerweise in den inhaltlichen Aspekten, wer von dem Rettungspaket profitiert, und wer darunter leidet, die Deutungshoheit überlässt. In witziger Art macht sie sich über den FPÖ-Lösungsvorschlag eines Ausscheidens Griechenlands und anderer Mittelmeerländer aus der Euro-Zone lustig:

8 Im Parlament sprach vdBellen (G) hingegen auch von einem nötigen „Schuldennachlass“ (Parl.Prot., 64)

ZiB 19.5.2010 Strache-Glawischnig 155-65)

EG: Dann nehmen wir mal das Modell wie Sies vorschlagen her und übertragens einmal auf das Problem das wir in Kärnten hatten. 'n Kärntn hattn wir ein ähnliches Problem .h ah-sehr hohe Haftungen des Landes, des Landes für eine Bank, die is-aah in Liquiditätsprobleme gekommen is, 18 Milliarden Euro. .h Wären wir Ihren Weg dann gegangen müssten wir Kärnten aus der Euro-Zone ausschließen,.h dann müssten wir dort aahm unter Umständen die Verantwortlichen auch *strafrechtlich* verfolgen .h und dann müssten wir in Kärnten eine andere *Währung* einführen. .h Ich glaub das kann kein, .h kein sinnvolles Konzept sein sondan es geht um ein' gemeinsamen *Wirtschaftsraum*. .h Es geht um Solidarität auch, a-die österreichische Situation ist *nicht* so rosig, ich möchte mich auch auf Europa verlassen können auch als Österreich,

Glawischnig führt als Gegenbeispiel den Fall Kärnten an, wo die landesnahe Bank Hypo-Alpe-Adria vom ehemaligen Kärntner Landeshauptmann und FPÖ-Obmann Jörg Haider zur Finanzierung defizitärer Prestigeprojekte (Stadion, Seebühne Wörthersee) eingespannt wurde und später, wie ihre Finanzprobleme offensichtlich wurden, vom Bund mit Milliardenbeträgen gerettet werden musste. Das Beispiel ist eristisch geschickt gewählt, es erfüllt gleich mehrere Zwecke, die vordergründig Straches Vorschlag als unzulässig bewerten und auf das Zurückweisen mehrerer seiner Rahmungen und Deutungsangebote hinauslaufen. Vor allem die von Strache aufgezugene Rollen- und Schuldverteilung wird im Kärnten-Beispiel umgekehrt: Die für das Desaster Verantwortlichen, die man „*strafrechtlich* verfolgen“ (SG 161) müsste, sind freiheitliche Politiker und Günstlinge Haiders in den Banken, das ist allgemein bekannt. Die FPÖ und seine Politiker werden in dem Beispiel Teil des ‚korrupten‘ Systems zum Schaden der Steuerzahler, gegen das Strache gerade so vehement auftritt. Das strukturschwache Kärnten wegen seiner hohen Verschuldung aus der Eurozone auszuschließen, um einen starken Euro zu gewährleisten, muss in dieser Parallele absurd wirken. Danach landet Glawischnig wieder bei ihrer Forderung nach Solidarität (hier formuliert als Eigeninteresse, auch Österreich könnte diese Hilfe einmal brauchen, SG 163-5) und nach Finanzmarktregulierung als europäische Zukunftsperspektive (SG 166-8).

Wo sie vorher in der Impliztheit ihrer Positionierungen verstrickt war, hier kann sie über die offensichtlichen Lehren aus einem griffigen Beispiel ihre eigenen Lösungsvorschläge plausibel verteidigen. Straches Entgegnung, dass eine rot-schwarze Regierung diese Bankenrettung beschlossen hätte (SG 184/5) und Politiker mit „*österreichischen Steuergeldern* .h *nicht* so salopp umgehn“ (SG 193) sollten, wendet sich damit implizit gegen ihn selbst, wenn verantwortliche FPÖ-Politiker vom Publikum mitgedacht werden.

Der Schlagabtausch geht danach so weiter, dass Glawischnig, von der Moderatorin gefragt, ob man „die Banken sozusagn, so allein verantwortlich

machn“ könne (SG 207/8) antwortet „[Wer sind denn die Bankn. (...)] Das sind deutsche, französische Institute, selbstverständlich hat Deutschland auch a großes Interesse gehabt, dass das, .h aufgefangen wird die griechische Situation“ (SG 209-11), ein Zugeständnis, das sich sowohl mit ihrer Linie europäischer Solidarität als auch mit ihrer Korrektur zu Straches Kritik speißt. Glawischnig verteidigt danach das Paket, „dass es einfach *nootwendig* war diesen Schutzschirm zu machn“ (SG 209-13), um die „*Dynaamik* auf den Märktn“ zu stoppen, und greift Strache als „*vergangenheitsorientiert*“ (SG 218/9 „Grenzen dicht und Schilling wieder [einführn“) an. Später wirft sie ihm *ad personam* „*unglaubliche Naivität*“ vor, und dass er „*von Wirtschaftspolitik nicht viel Ahnung*“ hätte (SG 252/3). Strache beruft sich daraufhin auf Expertenmeinungen zur Teilung der Eurozone (SG 258/9) und stimmt Glawischnig in Details einer Bankenkritik zu, die sie in der Diskussion gar nicht angebracht hatte: „Sie habn Recht: .h *die* Bankn, die *vorher* (.) bei der EZB um ein Prozent Kredite genommen hobn, grooße Gewinne gemocht hobnund jetzt durch ihre Spekulationsgeschäfte .h *Verluste* baun, hättn diese Verluste .h *nicht* auf dem Rücken der EU-Bürger abladen dürfn.“ (SG 260-3). Dieser Zug ist typisch für die Diskussion, wo beide ihre Rahmungen und Argumentationen anhand der Parlamentsreden vorbereitet hatten, und sich gegenseitig durch Überraschungsmomente aus der Reserve zu locken versuchen. Strache war offenbar nicht davon ausgegangen, dass Glawischnig ihm die Kritik an Banken und der Vergesellschaftlichung von Risiken überlässt, und führt den Punkt nun für sie aus.

Erst in ihrem Schlusswort füllt Glawischnig ihre Forderung nach „neuen Regeln“ aus ihrer Rahmeneröffnung auf und erklärt, warum nur zwei Grüne für das Paket gestimmt haben, das sie gerade verteidigt. Sie habe vergeblich versucht, die restlichen 17 Stimmen der Grünen als Druckmittel für „Begleitmaßnahmen“ der Regierung einzuhandeln, „neue Steuern, Spekulationssteuer, eine Börsen-Umsatzsteuer, Regelungen für Hedgefonds, für Ratingagenturen“ (SG 274-8). Der am ehesten allgemeinverständliche Teil ist dabei aber ein Ruf nach „neuen Steuern“, der zudem noch in ein stark verbreitetes Vorurteil gegenüber den Grünen passt.⁹ Wenn man davon ausgeht, dass Rahmeneröffnungen den argumentativen Boden vorbereiten, auf dem Diskutierende in politischen Fernsehdiskussionen ihre Darstellungen dann zu Deutungsrahmen verdichten (Gotsbachner 2008; 2009), kann es sein, dass Glawischnig in dem langen Bogen bis zur Rahmenschließung, wo viele konkurrierende Deutungen hereinkamen, diese Aufmerksamkeitsspanne überzogen hat. Tatsächlich wird sich bei unseren Rezeptionsgesprächen zeigen, dass nur jene ‚informierten‘ Publikumsschichten dieses Schlusswort, und damit die gesamte Lösungsperspektive Glawischnigs verstanden haben, welche selbst für eine Finanzmarktregulierung eintreten, und insofern mit den Schlagworten etwas anfangen können, und selbst von diesen nur Sympathisanten der Grünen.

⁹ Der FPÖ-affine Cesar (Firma 204-7) spricht von seiner „Ongst, wenn die Grünen irgndetwas sogn, dass es unss no a bissl mehr Geld kostet“.

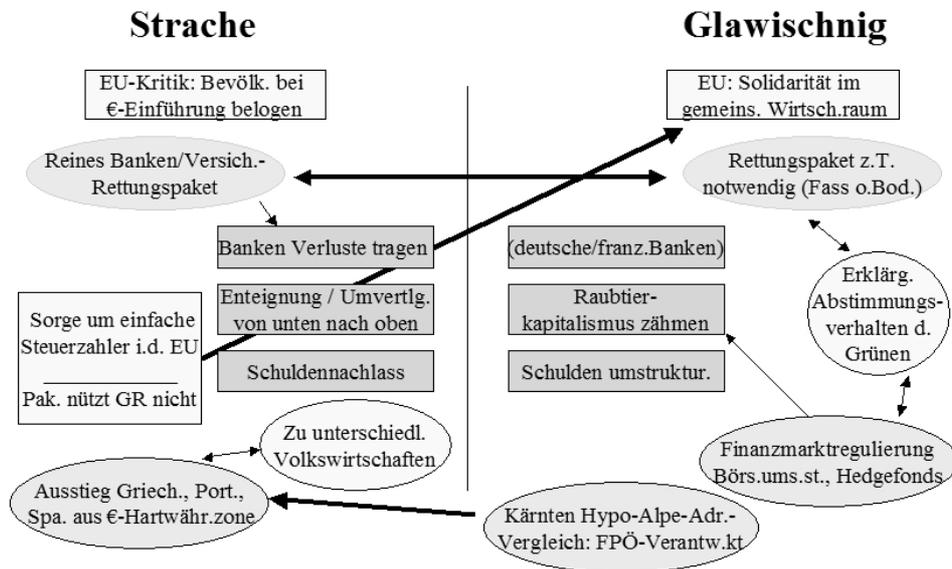


Abb.1: Rahmungen und Deutungsangebote in der Fernsehdiskussion Strache – Glawischnig

In der Gegenüberstellung der antagonistischen Deutungsrahmen (Abb. 1) werden einerseits die Unterschiede (fette Pfeile), andererseits auch der Mittelbereich von Überschneidungen (dunkle Kästchen) sichtbar. Bei Glawischnig fehlt – als Gegenstück zu Straches Kritik an den „Spekulationsverlusten der Banken“ – eine zentrale Argumentation, die erklären würde, warum es „neue Spielregeln“ für die Finanzmärkte braucht. Im Parlament hatte sie noch kritisiert, dass die Banken, welche davor von den hohen Zinsen „massiv profitiert“ hätten, nicht „mit ins Boot geholt“ wurden (d.h. auf einen Teil ihrer Außenstände verzichten sollten, Parl.Prot., 41), was Strache aufgreift und statt Glawischnig ausführt. Bei Glawischnig kommt das nicht vor, nur ihr Verweis auf „die Bankn“ als „deutsche, französische Institute“ (SG 209/10) deckt den von Strache geöffneten Bereich ab, wer von dem Rettungspaket profitiere, allerdings gar nicht in ihrem Sinn. Glawischnigs Dilemma ist, dass wichtige Teile ihres relativ komplexen Rahmens von ihr nicht argumentativ aufgefüllt sind und insofern gleichschwingendes Wissen der Rezipierenden voraussetzen, das eben nicht alle teilen, während Strache bei der Konstruktion seiner Deutungsrahmen dafür gesorgt hat, dass alles mehrfach ineinander greift, und er dabei auch alt bekannte FPÖ-Positionen repliziert: Strache als Volkstribun, der sich auf Seiten der „Bürger“ gegen die Mächtigen stellt, wobei er sprachlich auch kapitalismuskritische Diskurse der Linken und der Grünen annektiert. Glawischnig führt ihre Deutungsangebote und die dadurch zu füllenden Rahmungen enthymemisch weniger dicht aus als Strache, sie stützt sich vor allem auf ein schlagkräftiges, gegen Straches Darstellung politischer Rollenverteilungen gerichtetes Anschauungsbeispiel.

3 Gemischte Wahrnehmungen quer über Parteigrenzen

Wie Fernsehzuschauer mit unterschiedlichem sozialen und politischen Hintergrund die Deutungsrahmen und Argumentationen von Strache und Glawischnig verstehen und bewerten, gerade in Abwesenheit konkludenter Informationen zu Faktenlage und Lösungen (vgl. Iyengar 1991:7), soll nun anhand von Rezeptionsgruppengesprächen analysiert werden. Hier werden jene Aspekte sichtbar, von denen aus die Rezipierenden das Geschehen aufrollen und sich mittels eigener diskursiv-interpretativer Repertoires ein Bild davon zusammenstellen, was gerade passiert bzw. wie die Politik reagieren soll. Im Nachhinein betrachtet eignete sich die Fernsehdiskussion Strache-Glawischnig gut zur Betrachtung bestimmter Aspekte einer Rezeptionsanalyse querliegender Resonanzen (d.h. der Übernahme von Deutungsrahmen quer über politische Parteaaffiliationen), weil die Berührungspunkte der Diskussionsgegner vergleichsweise mehr Möglichkeiten für je eigene Mischungen von Deutungsangeboten bieten. Wie weit die parallelen Deutungsangebote überhaupt als solche wahrgenommen werden, ob etwa nur eine Seite davon verstanden und aufgenommen wird und wie die einzelnen Gruppen damit umgehen, liefert auch Unterscheidungsmerkmale zwischen parteiaffinen und eher lösungsorientierten Rezeptionsweisen. Das Problem für diejenigen Rezeptionsgruppen, welche sich vorwiegend auf ihre Parteisymphathien stützen und bei ihren Bewertungen entsprechend Flagge zeigen, liegt darin, wie sie das jeweils parallele Angebot erfassen und zurückweisen, wo es doch genauso inhaltliche Anschlusspunkte bieten würde. Bei den eher sachorientiert verstehenden Rezeptionsgruppen hingegen war die Frage, wie weit sie den jeweiligen Argumentationsbögen folgen, die mit den parallelen Deutungsangeboten verbunden sind, und auf welches eigene Wissen sie in der Mischung zurückgreifen.

3.1 Anerkennung politischer Übereinstimmung oder Parteidenken? Die Rezeptionsgruppen „Schützen II“ und „Monte“

Ich möchte zuerst auf zwei Rezeptionsgruppen eingehen, deren Teilnehmende Anhänger der Regierungsparteien ÖVP und SPÖ sind. Eine Frage ist hier auch, ob sie Politikern, die sie nicht wählen, als Sympathiebonus anrechnen, wenn diese ihre eigenen Anschauungen vertreten. Immerhin ist es genau bei solchen potentiellen Wechselwählern, wo politische Akteure im günstigsten Fall tatsächlich Kapital aus ihrer Diskursrhetorik und ihren strategischen Positionierungen schlagen können, indem sie über die Etablierung von bestimmten Politikvorstellungen ihre Akzeptanz bei zukünftigen Wählenden erhöhen (Lakoff 2004).

Beide Gruppen, ‚Schützen II.‘ und ‚Monte‘, sind aus einem traditionell konservativen, ÖVP-dominierten Bundesland und jeweils so gelagert, dass die Sympathien für Strache und Glawischnig innerhalb der Gruppen gespalten sind. So machen sie beim dadurch nötigen Argumentieren viel von ihrem Wissens- und Beurteilungshintergrund explizit sichtbar, was man sonst viel aufwändiger

inferentiell rekonstruieren müsste, wodurch es leichter wird, von ihren Rahmungen der Debatte auf ihre Wahrnehmungen derselben zu schließen.

Die Teilnehmenden der Rezeptionsgruppe ‚Schützen II.‘ sind zwei Freunde, welche sich gemeinsam bei den ‚Tiroler Schützen‘ engagieren, einem konservativen Traditionsverein, sie handeln gleich eingangs ihre unterschiedlichen Standpunkte bezüglich der Diagnose zu Griechenland- und Eurokrise aus.

RG ‚Schützen II.‘ (8.6.2010), 163-79

Wol: Und speziell ehm mit Spekulationen und und sog im Banknbereich .hh sog’s jetz amol asoa salopp: Den *Rachn nicht* (.) voll zu bekommen. .h Jo? .h Uundh, (.) dass men oamfoch do ehm mit Geschäfte, de wosss ä nicht mehr durchschaubar wor, .h dass men do ehm den gonzn Finanzmorkt (.) in irsinnige (.) Turbulenzn (.) brocht hot und a .hh mit (.) Geld (.) spekuliert hobm, des wos gor nit (.) do wor, .hh uundh dass des entsprechend ehm .hh ah dass do *eignlich keine* (.) ah *Maßnahmen* oder keine Kontroll(.)mechanismen ehm (.) pfiffn hobm bei den Gonzn. .h

Tom: Mjoh. M/ mei Meinung isch ah, man hot eigentlich aah (.) des Ver *traun* der (.) Bürger missbraucht, (.) isch von de Poelitiker (.) komplett missbraucht wordn, .hh weil des sich hinterheer (.) .h die meischn Versprechungen eigentlich [als- .hh als (.) nicht erfüllbor beziehungsweise] als Lügner erweisen. (.) Isch=

Wol: [((schluckt)) .hh]

Tom: = meine Meinung. (.) Es isch’s Blaue vom Himml versprochn wordn, .hh es seinn *Bei trittsländer* dazuagnommen worn, de eigentlich no *nit* für an Beitritt reif sein, .hh mmm/ wos die Wirtschoft datn zeign, wos men hinterher ersch sig, (.) des isch oamfoch olles *überstürzt* aah (.) passiert, isch meine Meinung. (.) Drum isch’s jetzt a zu diese Probleme kemmen.

Wolfgang bekräftigt implizit die Forderung Glawischnigs nach Regulierung der Finanzmärkte (Schützen 164-9), formuliert seine Deutung in der frühen Gesprächsphase aber noch zweideutig. Er schließt hier zunächst an ein Eingangsstatement von Tom über das Versagen von Kontrollmechanismen innerhalb der Europäischen Union (Schützen 86-91) an, indem er diese noch ambivalente Äußerung mit Deutungsangeboten aus dem Überschneidungsbereich der Rahmungen von Strache und Glawischnig auffüllt, der Kritik an Banken und Spekulationen. Wolfgang verwendet dabei das Bild von Strache „*Rachn nicht* (.) voll“ (Schützen 164; SG 97) in einem etwas geänderten Zusammenhang, zieht die Schuldfrage dabei aber im Einklang mit der Rahmung Glawischnigs auf, als Kritik am „Finanzmarkt“, welcher Wirtschaft und Staatshaushalte in Turbulenzen gebracht habe. Indem er dann wieder zurück zu Geldspekulationen überleitet und abschließend das Versagen von „Kontroll(.)mechanismen“ anspricht, gibt er seinem Gesprächspartner einen auf dessen eigenes Thema hin ausgerichteten, kooperativen Einstieg (Schützen 169). Wir können darin einen Gestus einer auf gemeinsame, sachliche Erörterung angelegten Gesprächsführung erkennen, welche sich durch das gesamte Rezeptionsgespräch zieht. Dass Wolfgang dabei den Bereich paralleler

Rahmungen bei Strache und Glawischnig verwendet, um mögliche Übereinstimmungen zwischen sich und Tom auszuloten, zeugt davon, dass er sie hier als interaktive Ressource nutzt, indem er die Ambivalenz erkennt, aufrecht erhält und beide Deutungsangebote - jeweils für sich erkennbar - mischt.

Doch sind Tom und Wolfgang hier eben nicht gleicher Meinung, Tom biegt bei der Kritik an Spekulationen sofort auf die Grundlinie Straches ab, und hängt daran seine EU-kritische Bewertung der Situation auf, die sich dann auch durch seine gesamte Wahrnehmung und Beurteilung der Griechenlandkrise ziehen: Der Ursprung der Probleme sei aus der vorschnellen Euroeinführung und Eingliederung ‚unreifer‘ „Beitrittsländer“ zu erklären (Schützen 175/6), und nicht aus dem von Wolfgang angebotenen Problem spekulativer Geschäfte auf den Finanzmärkten. Tom teilt Straches Einschätzung politischer Rollenverteilungen, der von der Politik betroffenen Bevölkerung, er hat diese als Grundlinie seiner Bewertung übernommen, schmückt sie aus und argumentiert aus ihr heraus seine Sichtweise auf die Problematik der Griechenlandkrise. Toms Parteiaffinität zur FPÖ (als ÖVP-Wähler) äußert sich darin, dass er bei Parallelen jeweils nur das Deutungsangebot Straches wahrnimmt und die gleichfalls ‚kapitalismuskritische‘ Hauptlinie Glawischnigs gar nicht versteht (auf Nachfrage: Schützen 356-73). Wolfgang hingegen bekräftigt ausschließlich jene Deutungsangebote Straches, welche die Überschneidungsbereiche mit Glawischnig kennzeichnen, er hat auch deren Kärnten-Beispiel nicht als eristischen Trick, sondern als sachlichen Einwand wahrgenommen, aus dem er eigene Argumente ableitet.

RG ‚Schützen II.‘ (8.6.2010), 291-300

Wol: Die Frog isch sicher, in Zukunft, ob ma nith (.) ebn (.) ah (.) Bankn oder a Stootn nith irgdnwo krochn lößt, also a (bies) (.) Beispiel Hyppo Alte- (.) Hyppo Alpe Adria, .hh dass man gsog hatt, jo, .hh wieso soll do jeder Steuerzohler (.) herholtn, [.hh] undh=

Ju : [M.]

Wol: =wieso soll men do nidamol .hh aah a Durftmarke setzn und sogn deh (.) krochn lossn, vielleicht denkn nochand a ondere (.) Bankmanager (.) .h wieder um. Weil es lafft jo .h im Prinzip (.) gleich weiter=

Tom: Mm.

Wol: =wie (.) bisher. Des isch jo's Problem, aus dieser Krise (.) hot jo eignlich .h im Prinzip (.) niemand (.) gelern.

Bei Wolfgang finden wir eine fast vollständig durchargumentierte Verbindung von Banken-, spekulations- und umverteilungskritischen Elementen Straches mit der politischen Hauptrahmung Glawischnigs. Seine Kritik an den Finanzmärkten ist dabei von einem moderaten Wirtschaftsliberalismus gekennzeichnet, der mit seiner Affinität zur konservativen Volkspartei korrespondiert, wo er trotz seiner Befürwortung der Rettungspakete überlegt, ob man die Banken nicht „krachen lassen“ (Schützen 292, 296) sollte. Er landet letztlich wieder beim Unrecht der Abwälzung von Spekulationsverlusten auf die Allgemeinheit.

Unsere zweite Rezeptionsgruppe von weder Strache- noch Glawischnig-Wählern ist die Gruppe ‚Montepulciano‘ (kurz ‚Monte‘), zwei alte Freunde, die bei einer Flasche gleichnamigen Weins beisammen sitzen und wie gewohnt über Politik diskutieren. Horst ist ÖVP-Wähler mit Aversionen gegen die Grünen und die FPÖ, Fred hingegen SPÖ-Wähler mit Aversionen gegen die Grünen und die ÖVP. Auch hier finden sich die beiden bezüglich ihrer Lösungsperspektiven auf unterschiedlichen Seiten wieder, obwohl beide ihre Kritik an den sozialen Auswirkungen der Globalisierung gemeinsam haben. Horst steigt in das Thema ein, es wäre sein „Lieblingsthema“ (Monte 140), und formuliert aufgrund seiner langjährigen Arbeitserfahrung in internationalen Konzernen das Nord-Süd-Gefälle an Produktivität als Ursache der Griechenlandkrise. Er sagt, dasselbe spiele sich auf EU-Ebene ab: „Die gonzn (.) Nordländer Öschterreich, Deutschlond, Hollond, Belgien (.) .hh hobm immer für die Südländer gorbeitet. Sogor bei Konzernen“. Deshalb plädiert er für „einen stabiln Kern(.euro, für die Kernländer“ (Monte 156/7), er bestätigt damit sowohl die Grunddiagnose als auch den Lösungsvorschlag Straches, ohne jedoch auf diesen einzugehen.

Fred ist hier anderer Meinung, er beruft sich auf ihren gemeinsamen Standpunkt, wo sie sich seit Jahren über die negativen Auswirkungen der Globalisierung einig sind (Horst lenkt ein: „Die gonze Soche is nur für die Konzerne gmocht worn, und nit für die Menschn“, Monte 164/6). Aus dem heraus argumentiert er für das Hilfspaket, aus Solidarität mit Griechenland. Sie sind in mehreren Punkten unterschiedlicher Ansicht, bei den Ursachen wie bei den Lösungen, ob die Eurozone geteilt werden solle oder die Krise umgekehrt nur solidarisch zu bewältigen sei, doch treffen sich beide dann in ihrer Forderung nach einer wirksamen Finanzmarktregelung.

RG ‚Monte‘ (4.6.2010), 677-86; 697-705

Fre: De (.) Transaktionssteuer vo die Bankn is a lo/, isch jo lochhoft. Isch jo lochhoft, wenn do en Sotz sigsch, [.hh Null Komma] Null Zwoa Fünff Prozenth, (1) isch jo lochhoft für a Bankh. (3.5)

Hor: bh[hh]

Hjoo ((lachend))

...

Hor: Spekulationsgewinne muasch onständig [ver]steuern.=

Fre: [Jo.] Jo, des

[ghert/]=

Hor: = [De sein iber]haup steuer[frei.]

Fre: = [Ober]- ober wenn sie .h de/ wenn der gonze

Wirtschaftsraum in Europa nit zomkimmb, (.) und de gonznäh Regierungen

.h desä wos gemeinsom zu mochn/

Hor: Jo, af/ aufgrund dieser Probl[eme miassetn sie ober zommenkemmen.]

Fre: [hh mh toan see eh,]

hoffentlich.

Horst und Fred sind beide für eine Finanztransaktionssteuer weit über dem gerade in politischen Forderungen diskutierten Promillesatz, doch gehen beide

nicht darauf ein, dass dieser Vorschlag von Glawischnig gemacht wurde. Selbst wie sich Fred Gedanken macht, ob Österreich im Alleingang eine Finanztransaktionssteuer einführen solle und damit entgegen seiner SPÖ-Affiliation genau die Grüne Position einnimmt, bezieht er sich nicht auf sie. Auch an späteren Stellen, wo beide nach dem Abstimmungsverhalten der Grünen gefragt werden, klingt es im Gegenteil sogar so, als ob Glawischnig als Befürworterin des Pakets ihre Fraktion nicht im Griff hätte (Monte 1490), was bedeutet, dass Fred den Handel zur Durchsetzung ihrer Forderung gar nicht verstanden hatte.

Sie nehmen in ihren Darstellungen also keinen Bezug auf die Deutungsangebote von Strache und Glawischnig. Auch Horst lehnt trotz inhaltlicher Übereinstimmung mit Strache dessen ‚Polemik‘ dezidiert ab:

RG ‚Monte‘ (4.6.2010), 1191-9

Hor: da Strache, do merkt ma genau dieses- Ob/ diesn Obklatsch, ein Banken äh unterstützungs(.)paket .hh äh d/ des hoter irgendswonn amol sich einstudiert und hot holt bei jeder äh Gelegenheit [wiederholt],=

Fre: [So iss!]

Hor: =hh ober i bin trotzdem- an der Linie wäri auf der Seite Strache, .h i bin, ich wäre ha/, ich wäre dder Meinung die Griechn ghörn aus ah (.) aus den Euro.=

Fre: Na, bin i nit.

Hor: = Und genauso ebm ä Spanien und Portugal. De khern aus den Euro (1.4) Weil dädä eine Währung is so stork wie die Volkswirtschaft isch.

In der Frage also, ob Strache und Glawischnig bei den Rezeptionsgruppen von SPÖ/ÖVP-Anhängern politisch punkten können, wo sie doch entgegen ihrer Parteilinie in wichtigen Hauptrahmungen jeweils mit diesen übereinstimmen, lässt sich das bezüglich der Gruppe ‚Monte‘ klar verneinen: Strache und Glawischnig wären „de zwoa unbedeutendschn Politiker Öschterreichs“ in der Frage um Griechenland- und Eurokrise, sagen sie (Monte 174/5), und sie hätten ihnen unter anderen Umständen gar nicht zugehört (Monte 1008). Bei ‚Schützen II.‘ sieht es anders aus, sie zeigen Distanz zu ‚ihrer‘ Partei ÖVP an, wobei für Wolfgang die Sympathien für Glawischnig nicht so weit gehen, dass er sie wählen würde, er ist in einer unabhängigen Liste engagiert. Tom hingegen ist bereits deklariertes Wechselwähler mit Tendenz zur FPÖ, was sich auch schon im ersten Rezeptionsgespräch mit dieser Gruppe eineinhalb Jahre davor abgezeichnet hatte.

3.2 FPÖ-parteiaffine Wahrnehmung der Griechenland- und Eurokrise: Die Rezeptionsgruppe „Firma II“

Eine FPÖ-parteiaffine Rezeptionsgruppe in unserem Sample ist die Gruppe ‚Firma II.‘,¹⁰ ein Gespräch geführt zwischen dem Chef eines Kleinbetriebes, der

¹⁰ „II.“, weil wir schon davor ein Rezeptionsgespräch in dieser Firma durchführten, und zwar zwischen Roman und einem anderen Mitarbeiter.

für sich selbstironisch das Pseudonym ‚Cesar‘ wählte, und seinem Angestellten Roman. Ihre Rahmungen der Griechenlandkrise sind fast vollständig von Strache übernommen.

RG ‚Firma II.‘ (11.6.2010), 92-101; 121-6

- Ces wo ma a da Strache in irgndener Form besser gefalln hat (.) .hh des wor die Argumentation mit den Banken, .hh weil dieses zweite Paket, wos jetzt do eigentlich gschnürt worn is mit diesn gonzn Hoftungen im Hintergrund, dient eigentlich den Bankn. [Und wir Östreicher/]
- Rom [Den Bankn, jo.] Und die Griechn hom gor nix davon.
- Ces: `nd mia Östreicher hom eigentlich des Problem, [.hh] dass wir (.) wie immer =
- Rom: [Jo.]
- Ces: = mit den zwoa Großn Deutschland und Frankreich mitheuln müssn,=
- Rom: Mhm[mhm.]
- Ces: = [Jo?] Weil mia ja nix zu sogn hom.
-
- Ces: Jetzt hot ma die erste Banknkrise bezahlt und die zweite hh is wieder beim zahln. [Jo?] .h Es hot- ä die Versicherungen=
- Rom: [Njo.]
- Ces: =sin genauso schuld, de da untñ ihre Aktivitätñ gsetzt hon, .hh weil würde Griechnlon (.) Konkurs gehñ, würde dieses Geld nicht mehr rückkommen.
- Rom: Mhm.

In ihrem ersten Aufschlag bekräftigen Cesar und Roman fast alle wichtigen Hauptrahmungen Straches, wobei sie seine Formulierungen teils wörtlich übernehmen: „Zweites (Banken-) Paket“ (SG 100/1), „dient eigentlich den Banken“ (SG 99/135), „Griechn hom gor nix davon“ (SG 240), „Geld (wird) nicht mehr ‚rückkommen“ (SG 194/5). Auffällig hier auch, wie Cesar den Punkt ‚Banken- und Versicherungspaket‘ repliziert, „die Versicherungen sin genauso schuld“ bleibt in der schwammigen Verortung (Firma 122/4) argumentativ in der Luft hängen, es geht hier für sie offenbar darum, Straches Argumentationslinien möglichst vollständig zu replizieren, ohne dass sie dabei auch alle Teile aus eigenem Wissen auffüllen können.

Eigene Wissensbestände Cesars werden in dem Punkt sichtbar, wo er die Bewertungen des Griechenlandpakets in eine spezifische Kritik an der Europäischen Union einbaut: Glawischnigs Hinweis ist hier zu dem Argument umgerahmt, dass in der EU die „Großn Deutschland und Frankreich“ dominierten und kleinere Staaten wie Österreich bei den von diesen beschlossenen Maßnahmen „mitheulen“ müssten, weil sie „nix zu sogn hom“ (Firma 101). Damit verbindet er ein Deutungsangebot Glawischnigs (SG 209/10) mit der größeren Rahmung Straches, der kritisiert hatte, dass das Paket über die Köpfe der Bürger der EU hinweg diktiert wurde (SG 132-6). Hier haben offenbar Glawischnigs Bemerkungen eine querliegende Resonanz von Deutungsrahmen ausgelöst, welche per Stichwort Wissensbestände zur Realverfassung der EU mobilisieren, ein Beispiel dafür, wie Schlüsselwörter spezifische Rahmungen aufrufen und diese dann zum Auffüllen anderer Rahmungen genutzt werden.

Bei den parallelen Deutungsangeboten bezüglich Kapitalismuskritik und Schuldenschnitt sieht Roman immer nur die Seite Straches und verwendet dessen Formulierungen, ein Fall rein parteiaffiner Wahrnehmung, während Cesar in wesentlichen Punkten davon abweicht. Obwohl Cesar und Roman bezüglich der Befunde und Deutungen der Krise ganz die Auffassung Straches teilen und alle konträren Deutungen jeweils in diesen Deutungsrahmen einbauen, trägt Cesar die beiden Lösungsangebote Straches zur Griechenlandkrise nicht mit. Roman fordert mit Strache „Schuldenerlass. Fertig“ (Firma 671), doch Cesar begründet mit einer Vergleichs-Rechnung, dass das Rettungspaket Österreich immer noch billiger komme. In dieser Rechnung zählt Cesar das Geld österreichischer Banken als „unser Geld“ (Firma 672-81), verlässt also aus der ‚patriotischen‘ Perspektive Straches heraus dessen Frontstellung ‚reiche Banken vs. betrogene österreichische Steuerzahler‘. Auch im zweiten Lösungsansatz weicht Cesar von Strache ab, und auch hier stellt er die abweichende Lösung wieder in einen Deutungsrahmen Straches, dass die Aufnahme von ‚Weichwährungsändern‘ in die Eurozone ein Fehler gewesen wäre, er formuliert als Schlussfolgerung aber „sie kennen nit wirklich sogn Griechnlonnd, geh jetzt raus.“ (Firma 476/7)

Eine Stärke unserer Analysemethode ist, dass wir nicht nur detailliert beschreiben können wie das Fernsehpublikum bestimmte Deutungsangebote aufgreift, zu einer eigenen Deutung zusammenfügt, und wie es dabei eigene Wissensbestände heranzieht, um diese plausibel werden zu lassen. Wir bekommen über die Ansatzpunkte ihrer thematischen Verknüpfungen auch Hinweise darauf, aus welchen untergeordneten Deutungsangeboten oder Rahmungen sie ihre jeweiligen Deutungsimpulse beziehen. Nachdem es ja nicht selbstverständlich ist, dass eine sehr parteiaffin ausgerichtete Gruppe gerade in den Hauptlösungsvorschlägen von ihrem Kandidaten abweicht, stellt sich die Frage, wie Cesar dazu kommt. Beim von Strache geforderten Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion führt er den Kärnten-Vergleich Glawischnigs an:

RG ‚Firma II.‘ (11.6.2010), 1004-18

- Ces: d'kloane Fingerzeig mit Kärntn unt, jo? Des iss (.) bissl legitim.
 .hh Wobei, wia i scho gsog hob, Kärntn hh (0.6) für mi immerhin
 Östreich is, und des is a bissl wos anders, weil zum Schluss kemme mir in
 Tirol drauf, dass da Ausserfern a schlecht (.) dron is in Tirol und den loss ma a
 weck. .h [Woasch,] wos i moan, des kunns jo donn nit sein, od[er? .hhh]
- Rom: [Jo.] [Woss? Äh-
 Geah't's jetz um] die Ausgliederung, wos [sie gsog hot, wegn (.) Kärntn,
 oder?]
- Ces: [Jojo, (..) do kannt jo Tirol] a
 sogn, jo, i moan, da [Be]zirk Reutte is a bissl a Nochtzügler oder [Lienz is a
 Nochtzügler, tua ma aa weck, oder?]=
- Rom: [Jo] [Gönau, jo, die
 tuamer weg, ge? ((lacht)) [((lacht)) .hh Na,] des isch a Bled[sinn].
- Ces: [Do/ (.) dess] [Des] is a Bledsinn.

Cesar hat den Kärnten-Vergleich Glawischnigs zwar als unzulässig empfunden – man könne Fehler innerhalb „der Familie“ nicht mit Strukturen in der Europäischen Union vergleichen (seine allererste Thematisierung, Firma 60-75), doch hatte ihn die eristische Spitze Glawischnigs so getroffen, dass er deren Impuls aufnimmt und den Lösungsvorschlag Straches als „Blödsinn“ zurückweist. Er füllt den zuerst noch zurückgewiesenen Vergleich mit eigenem Wissen über strukturschwache Gegenden Österreichs auf und ratifiziert ihn damit positiv. Dass Glawischnig mit ihrem Kärntenbeispiel ausgerechnet bei einer parteiaffinen FPÖ-Gruppe punkten kann, lässt einen vorsichtig darin werden, die Übernahme von Deutungsrahmen durch starke Parteianhänger als selbstverständlich anzunehmen.

3.3 Parteitaktische Fallen und Politik als Fußballmatch: Die Rezeptionsgruppe „Kunz“

Die Rezeptionsgruppe ‚Kunz‘ ist eine ‚linke‘ Wiener Familie, Großmutter Antonia als SPÖ-Parteimitglied, ihre Tochter Birgitta als deklarierte Grüne und deren 18-jähriger Sohn Marc, der sich als ‚kommunistisch‘ bezeichnet. Sie sind auf Seiten Glawischnigs, doch Birgitta betrachtet deren Fernsehauftritt aus einer Meta-Perspektive, wo sie Gedanken über ihre politische Wirkung anstellt. Sie habe ihren Lösungsvorschlag der Finanzmarktregelung „so schön, gsagt und die Fachworte sind so unverständlich“ dass man ohne entsprechendes Vorwissen nicht „weiss was mit diesen Schlagworten gemeint ist“. Vor allem Strache-Anhänger „ham nicht verstanden, was sie inhaltlich sagt und das find ich to-tal schade“ (Kunz 89-101). Birgitta erwartet sich offenbar, dass diese dafür empfänglich sein könnten.

Birgitta hat eine sach- und positionsorientierte Vorstellung von Politik, wo sie nicht nur die Parallelen in den politischen Meinungen zwischen Strache und Glawischnig rekonstruiert, sondern dabei auch (über mehrere Inferenzketten vermittelt) weitreichende Vermutungen bezüglich der Handlungsmotive Glawischnigs anstellt:

RG ‚Kunz‘(3.6.2010), 103-10; 158-66

Bir: .hh Und was ich komisch find' dass aahm (0.5) also da bräucht'- da würd' ich sie mir *schärfer* wünsch'n oder schneller .hh dass sie *nicht* ä-aahm (1) also eigentlich ga-gab's *ganz* viel Dinge woo sie und er *gleicher* Meinung sind (1.6) ja? .hhh und das würd' ihm *total* Wind aus den Segeln nehmen

...

Die- die Glawischnig (.) ich interpretier' die *Glawischnig* so dass sie nicht sagn kann .hhh: „JA! JA Herr Strache .hhh ICH BIN MIT Ihnen- (.) DA geh' ich mit Ihnen GANZ KONFORM dass das *FURCHTBAR* IS wie die, wie die Bankn geschont werd'n“ ja? (1) und wie die uns ANGST machen dassma gehorchn müss'n und die Bankn schonen müssen das *ärgert* mich, ja. .hh Ich- ich glaub' nur dass die *wirklich* Macht hab'n und dassma *wirklich* die Bankn, schwäch'n muss. (.) ((lacht))

Ant: Des glaub i a.

Bir: Ja! Aber das kann- das kann sie nicht- das sagt sie nicht weil dann, würd' sie vor ihren Kollegen dastehn dass sie dem *Strache* zugestimmt hat.

Birgitta stößt sich an der partei- und diskurstaktischen Komponente im Auftreten der von ihr unterstützten Politikerin und schätzt die Konsens-Vermeidungsstrategie Glawischnigs als kontraproduktiv ein, weil sie es so verabsäumt hatte, Strache den „Wind aus den Segeln“ zu nehmen. Sie rekonstruiert Glawischnigs Ausweichen als Indiz eines Gruppenzwangs innerhalb von Parteien unter der Logik medialer Profilierung, welcher eigentlich aus einer Unsicherheit über das resultierte, wofür man steht (Kunz 168/9),¹¹ beides sei parteiübergreifendem Arbeiten und sachorientierten Lösungen hinderlich. Antonia stellt als treues SPÖ-Mitglied daraufhin die Frage, ob das Strache helfen würde, ein Standardreflex der (von den Wahlerfolgen der FPÖ zwischen 1986 bis 1999 schwer gezeichneten) Großparteien, den Birgitta sogleich zurückweist:

RG ‚Kunz‘ (3.6.2010), 158-66

Bir: Ja .hh aber das is irgendwie blöod na? weil (.) wenn das so läuft, ja? dann dann- dann is es immer nur wie eine WM und wie ein Fußballmatch ja? (.) all die Nachrichten sind wie WM und Fußballmatch du .hhh du kriegst mit: Wer steht wie gut da und wer wird gewinnen [ja?]=

Mar: [Mhm.]

Bir: =aber dass es irgendwie um Dinge geht die *wirklich* unsre- [unser Leben] =

Ant: [Existenzielles!]

Bir: =beeinflussn ja wie- was- was die Bankn- wie die Bankn reguliert wern und ob ma .hhh ob ma, inn Europa zaumm hilft oder, besser nicht oder .hh ich mein', das wirdn da- also es is *Pseudodemokratie*.

Birgitta knüpft ihre Kritik am Diskussionsverhalten Glawischnigs, am Verlauf der Sendung insgesamt, und an den medial vermittelten Abläufen politischer Meinungsbildung an eine Idealvorstellung von deliberativer Demokratie, worin eine Sehnsucht nach einer anderen Art von Politik und der Herstellung gesellschaftlich bindender Entscheidungen sichtbar wird. Sie kritisiert dabei eine rein auf den symbolischen Deutungs-Kampf hin ausgerichtete Rhetorik ebenso wie die dafür empfänglichen Teile parteiaffin orientierter Publikumskreise.

Für Birgitta und Marc sind die Maßnahmen von Griechenlandhilfe und Euroschutzschirm vornehmlich ein ‚Bankenrettungspaket‘ insofern vertreten beide ein Deutungsangebot Straches, das in Glawischnigs Rahmung eine kritische Leerstelle ausmacht:¹² Wozu es nämlich die von ihr geforderten Finanzmarkt-

11 Marc schließt hier an, dass Kritik an der EU bei den (vor 1995 noch EU-kritischen) Grünen offenbar so ein „No-no“ wäre, dass sie der FPÖ überlassen würde (Kunz 487).

12 Marc behandelt Glawischnigs Antwort zu der Verantwortung der Banken (SG 209-11) als implizites Zugeständnis an Strache „dass das im Endeffekt die Bankn die das Geld bekommen ja eigentlich französische und deutsche Institute sind“ (Kunz 480-3), doch er meldet auch Zweifel an der Informativität der Diskussion an, es habe „niemand wirklich gesagt was jetzt mit dem Geld gemacht wird ebn nur der Strache dass das angeblich an die Bankn fließt zu 100%“ (Kunz 185/6)

regelungen als Hauptlösungsstrategie im Fall Griechenland brauche, und wer von der Kreditabsicherung profitiere, wenn nicht die Banken. Sie beziehen ihre Bewertungskriterien hier nicht aus den Deutungsangeboten Glawischnigs, sondern einem finanzmarkt-kritischen Deutungsrahmen, den linke Kritiker als soziales Wissen aus ihren Deutungen der Krise von 2008 stabilisiert haben, und den Strache in der Diskussion für sich vereinnahmen konnte.

4 Schlussfolgerungen

In der genauen Analyse von nondirektiv geführten Rezeptionsgruppengesprächen, die Aussagen über die eigenen Relevanzen, Verarbeitungsweisen und die dabei eingesetzten Wissensbestände verschiedener Publikumsgruppen zulassen, treten einige Grundzüge der Funktionsweise von Deutungsrahmen hervor, die ich im Folgenden kurz zusammenfassen möchte.

Diskursive Repertoires von Deutungsrahmen, welche soziale Gruppen von Interpretieren jeweils als erfahrungsnahe und ‚wahre‘ Diskurse funktionieren lassen, prägen als soziale Wissensbestände und kognitive Ressource deren Auswahl, Wahrnehmung und Vereindeutigung von medial vermittelten Deutungsangeboten. Individuen haben dabei eine breite Palette von manchmal teils widersprüchlich scheinenden Rahmungen parat, auf die sie zurückgreifen können. In dieser Situation von einer ‚Wirkung‘ politischer Rhetorik zu sprechen (Matthes 2007), scheint diese komplexen Prozesse zu verkennen: Eine direkte und ungebrochene Übernahme von politischen Deutungsrahmen konnten wir in unseren Beispielen nicht einmal bei parteiaffinen Medienkonsumenten feststellen. Der wichtigste Einfluss der Rahmungen liegt bei ihrer Auswahlfunktion, sodass die meisten Rezipierenden nur einen geringen Teil der Deutungsangebote wahrnehmen, welche sich in der genauen Diskursanalyse einer Fernsehdiskussion herausarbeiten lassen. Wie sich in den parallelen Deutungsangeboten der hier behandelten Fernsehdiskussion zeigte, ist das Verständnis von Deutungsangeboten nicht nur von deren Salienz und inhaltlichen Übereinstimmung mit etablierten Wissensbeständen der jeweiligen Rezipierenden geprägt, sondern auch von einer grundlegenden Haltung gegenüber den Sprechenden. Die Gruppe ‚Monte‘ etwa nimmt trotz inhaltlicher Übereinstimmung nichts von den Deutungsangeboten der Politiker bzw. Politikerinnen in der Diskussion auf.

Als individuelle kognitive Ressource stabilisierte Repertoires an Deutungsrahmen prägen darüber hinaus, wie unterschiedliche Deutungsangebote zu einem Verständnis aktueller politischer Probleme herangezogen und verarbeitet werden, zu einem komplexen Bild von Diagnosen, Zuschreibungen und Bewertungen. Die jeweilige ‚Mischung‘ unterschiedlicher Deutungsangebote ist von dem inneren Aufbau und der ‚Logik‘ größerer Rahmungen geleitet (etwa die patriotische Perspektive bei Cesar), wo bestimmte *slots*, also Leerstellen im Sinne von Ziem (2008: 299ff.), welche zu der jeweiligen Rahmung gehören, mit Details aufgefüllt werden, und diese können durchaus auch aus den Deutungsangeboten der jeweiligen politischen Gegner stammen. Nach dem Prinzip der Figur-Grund-Simultaneität (Fillmore 1976; Müller 1984: 4) sind Rahmungen rekursiv eingebet-

tet und werden als flexibles Ganzes verarbeitet, d.h. Details rücken vor einem bestimmten Hintergrund in den Vordergrund, wenn sie dort eine Schlüsselstelle einnehmen, an der Verschiebung von Detailspekten kann aber auch die Bewertung einer gesamten Rahmung ins Kippen geraten (siehe Straches Lösungsvorschläge bei ‚Firma‘). Spezifische Konstellationen, welche einem Element eines Deutungsrahmens entstammen, können auch Ausgangspunkt einer anderen, weiter gezogenen Rahmung werden, z.B. einer größeren Charakterisierung des gesamten politischen ‚Spiels‘, die sich als ‚erfahrungsnahe‘ Exemplifizierung dieser Konstellationen zeigt und das ihm zugrunde liegende soziale Wissen bestätigt (z.B. ‚mit EU mitheulen‘ bei ‚Firma‘ und ‚parteilpolitische Tücken‘ bei ‚Kunz‘).

Die Frage, was zu bestimmten Deutungsrahmen oder größeren diskursiven Repertoires jeweils ‚dazugehört‘, kann immer nur für bestimmte soziale Milieus bzw. Gruppierungen von Interpreten für sich beantwortet werden; zwar macht es den sozialen Charakter von Sinnvorstellungen aus, dass sie sozial erlernt, interindividuell geteilt und über verschiedene Milieus verbreitet sind, doch können sie in unterschiedlichen Milieus einen jeweils verschiedenen Stellenwert mit unterschiedlichen Anschlusspunkten bekommen.

Unser theoretisches Sampling war auf eine möglichst breite Fächerung von unterschiedlichen Rezeptionsgruppen ausgelegt, und bietet damit nur schwer vergleichbare Erkenntnisse über sehr unterschiedliche Verstehensweisen der behandelten politischen Debatte. Die Anlage bzw. das Erklärungspotential unserer Methodologie könnte jedoch die aus unterschiedlichen Vorstellungen gespeisten Verständnisse für je bestimmte soziale Milieus in großer analytischer Tiefe und bei hoher methodischer Nachvollziehbarkeit rekonstruieren. Dazu müsste man sich im Sampling nur viel stärker auf die breitere Erfassung dieser Milieus und deren Politikverständnis konzentrieren, z.B. ‚Kippschichten‘ von Protestwählern.

Inhaltliche Zustimmungen über Parteigrenzen hinweg gehen selten mit einer positiveren politischen Beurteilung der betreffenden Politiker einher, doch zeugen die Diskursstrategien der Streitparteien Strache und Glawischnig von deren Bemühung, sich politisch zu profilieren und eine möglichst breite Unterstützung für ihre jeweiligen politischen Ziele zu mobilisieren. Immerhin können politische Akteure genau da, wo sie es schaffen, ihre politischen Selbstdarstellungen quer über Parteigrenzen hinweg zu ‚normalisieren‘, von diesen Deutungskämpfen profitieren. Dort können sie Verschiebungen bewirken, welche sich auch am Wahltag bemerkbar machen, wenn sie kritische Nischen von Wechselwählern gewinnen, die für derartige Abwerbversuche empfänglich sind. In der Analyse der TV-Diskussion tritt hervor, wie der FPÖ-Obmann Heinz Christian Strache und die Grüne Bundessprecherin Eva Glawischnig darum konkurrieren, die Euro-Krise für ihre jeweiligen politischen Ambitionen zu nutzen, und wie sich dies in den Positionierungen ihrer Krisenkonstruktionen niederschlägt. Das zeigt sich vor allem in der Art, wie sie Übereinstimmungen in ihren Diagnosen, Beurteilungsrastern und Lösungsansätzen verschleiern, was in diesem Fall bei Glawischnig so weit geht, dass sie bestimmte Aspekte Grüner Kritik zurückhält, weil sie sonst Strache zustimmen müsste. Über die Konstruktion der Rahmungen Glawischnigs lässt sich weiter sagen, dass sie in

höherem Maße auf das gleichschwingende Auffüllen von Bedeutungen angewiesen sind als die Konstruktionen Straches, welche sich in viel einfacherer, bisweilen klischeehafter Weise gegenseitig stützen. Dies schlägt sich auch in den von uns beobachteten Rezeptionen nieder, Glawischnigs Rahmungen und Positionierungen werden teils nur von denen verstanden, welche von vornherein derselben Meinung sind, während umgekehrt sogar die Gegner Straches immer wissen, was er will.

Als Erkenntnis aus den Rezeptionsmaterialien lässt sich sagen, dass das Verstehen von politischen Deutungsrahmen und -angeboten hoch komplex ist: Zwar lassen sich bei den Zusammenhängen zwischen jeweils eigenen Wissensbeständen der Rezipierenden und der Übernahme von damit korrespondierenden politischen Deutungsangeboten prägende Resonanzen feststellen, doch sind diese über eine Reihe von Faktoren vermittelt, welche diese Resonanzen alles andere als automatisch funktionieren lassen. Zu den Geläufigsten dieser Faktoren zählt die persönliche Beurteilung der politischen Akteure, welche jene Bereitschaft zum Auffüllen von Bedeutungen vermittelt, die zum Verständnis der immer zum Teil unvollständigen, enthymemischen Rahmungskonstruktionen nötig ist. Auch zu diesen persönlichen Bewertungen gibt es eine Reihe verschiedener Beurteilungsdimensionen. Fragen des politischen Stils (Monte 1191 kritisieren Straches „einstudierte“ Polemik), der Kompetenz oder einer den Kandidaten zugeschriebenen ‚Volksnähe‘ können hier eine Rolle spielen (vgl. Gotsbachner 2012). Es müssen nicht immer inhaltliche Differenzen sein, welche die Rezeption von Deutungsangeboten blockieren. Im extremen Fall bewirken Parteaaffinitäten aber einen bestimmten Rezeptionsmodus, in dem politische Streitgespräche im Fernsehen als eine Art Zuschauersport gesehen werden, wo Rezipierende von vornherein darauf warten, dass die Kandidaten, zu denen man hält, ‚punkten‘. Das bewirkt, dass gegnerische Deutungsangebote vornehmlich gegenläufig ‚aufgefüllt‘ werden, etwa durch unterstellte Motive, sodass sie letztlich schematisch verzerrt wahrgenommen werden und das stereotype Bild des Gegners nur bekräftigen. Doch wie sich im Fall Cesars gezeigt hat, kann auch dieser Modus parteaaffiner Wahrnehmung eines politischen *Matches* punktuell durchbrochen sein: Er kritisiert einen rhetorisch-eristischen Kniff Glawischnigs zwar heftig, signalisiert aber gerade darin, dass die Spitze saß, was von einer gewissen Art ‚Sportsgeist‘ zeugt (um im selben Bild zu bleiben) und er erkennt dessen argumentativen Gehalt an.

Eine genaue Analyse, wie unterschiedliche Publikumsgruppen mit politischen Diskursen in Fernsehdiskussionen umgehen, birgt also durchaus Überraschungen. Sie bietet Einblicke in die Bedingungen von Politik in modernen Medien-Demokratien, die heteroglotten Diskursstrategien politischer Akteure im Kampf um Aufmerksamkeit und Verständnis bei anderen Wählerschichten, welche oft fürchterlich daneben gehen (Gotsbachner 2013). Die methodisch genaue Analyse kann auch ein tieferes Verständnis davon fördern, wie konkurrierende Diskurse und Deutungsrahmen unsere Wahrnehmung politischer Vorgänge strukturieren, gerade in so einer komplexen Materie wie der Finanz- und Eurokrise.

5 Literaturverzeichnis

- Cicourel, Aaron V. (1975): *Sprache in der sozialen Interaktion*. München: List.
- Edelman, Murray (1990): *Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns*. Frankfurt/M.: Campus.
- Entman, Robert M. (1993): Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. In: *Journal of Communication* 43 /4. 51-58.
- Fillmore, Charles J. (1976): Frame Semantics and the Nature of Language. In: *Annals of the New York Academy of Sciences*, 280: 20–32
- Gamson, William A. (1992): *Talking Politics*. Cambridge: Cambridge UP.
- Goffman, Erving (1974): *Frame Analysis*. Cambridge: Harvard UP.
- Gotsbachner, Emo (2008): Durchsetzung von Deutungsrahmen in politischen Fernsehdiskussionen. In: *Gesprächsforschung, Online-Zeitschrift zur verbalen Interaktion* 9, 269-299.
- (2009): Asserting Interpretive Frames of Political Events: Panel Discussions on Television News. In: Housley, William / Fitzgerald, Richard (Hg.) *Media, Policy and Interaction*. Aldershot: Ashgate, 49-71.
- (2012): Talking about Jörg Haider. How ‚Volksnähe‘ became a Major Criterion for the Assessment of Politicians. In: Ibrahim, Vivian / Wunsch, Margit (Hg.) *Political Leadership, Nations and Charisma*. London: Routledge, 143-156.
- (2013): Deutungsmacht und symbolische Politik. Wie politische Fernsehdiskussionen wahrgenommen und verstanden werden. In: Kohl, Andreas et.al. (Hg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2012*. Wien: Böhlau Verlag, 395-408
- (im Druck): Diskursanalytischer Erklärungsanspruch und Kritik. Wahrnehmung und Wirkmächtigkeit politischer Diskurse quer über heterogene Milieus. In: Reisigl, Martin / Nonhoff, Martin / Langer, Antje (Hg.), *Diskursanalyse und Kritik*. Wiesbaden: VS.
- Iyengar, Shanto (1991): *Is anyone responsible? How television frames political issues*. Chicago: Chicago U.P.
- Jefferson, Gail (2004): Glossary of transcript symbols with an introduction. In: Lerner, Gene H. (Hg.): *Concercation Analysis. Studies from the first generation*. Amsterdam: Benjamins, 13-31
- Kallmeyer, Werner / Schmitt, Reinhold (1996): Forcieren oder: die verschärfte Gangart. Zur Analyse von Kooperationsformen im Gespräch. In: Kallmeyer, Werner (Hg.) *Gesprächsrhetorik. Rhetorische Verfahren im Gesprächsprozeß*. Tübingen: Narr, 19-118.
- Lakoff, George (2004): Don't think of an Elephant. Know your Values and Frame the Debate. White River Junction: Chelsea Green Publ.
- Livingstone, Sonia (1998²): *Making Sense of Television. The Psychology of Audience Interpretation*. London: Routledge.
- Matthes, Jörg (2007): *Framing-Effekte. Vom Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellungen der Rezipienten*. München: Reinhard Fischer.
- Morley, David / Brunson, Charlotte (1999): *The Nationwide Television Studies*. London: Routledge.
- Müller, Klaus (1984): *Rahmenanalyse des Dialogs. Aspekte des Sprachverstehens in Alltagssituationen*. Tübingen: Narr.
- Scheufele, Dietram A. (1999): Framing as a Theory of Media Effects. In: *Journal of Communication* 49 /1, 103-122.
- Schön, Donald A. / Rein, Martin (1994): *Frame Reflection. Toward the Resolution of Intractable Policy Controversies*. New York: Basic Books.
- Tannen, Deborah (1993): What's in a Frame? Surface Evidence for Underlying Expectations. In: Tannen, Deborah (Hg.), *Framing in Discourse*. New York: Oxford UP, 14-56.
- Ziem, Alexander (2008): *Frames und sprachliches Wissen. Kognitive Aspekte der semantischen Kompetenz*. Berlin: de Gruyter.

Autor

Dr Emo Gotsbachner
Institut für Politikwissenschaft
Universität Wien
Burggasse 73/10
1070 Wien
Emo.Gotsbachner@univie.ac.at